

Positionspapier zu TOP 7 Schula 30.5.2011

Die SPD - Ratsfraktion befürwortet im Sekundar I - Bereich Schulformen, die ein hohes Maß an Förderung und Durchlässigkeit zu anderen Schulformen für die Schülerinnen und Schüler bieten. Jungen Menschen sollen die Bildungswege eröffnet werden, die ihren Fähigkeiten am besten entsprechen. Größtmögliche Chancengleichheit und optimale Bildungsmöglichkeiten unabhängig vom Einkommens- und Bildungsstand der Familien sind hier die Schlagwörter. Wohnortnahe Beschulung, ohne lange Wege, die Wohn- Schul- und Lebensräume vereinen, befürworten wir. Eine Oberschule hätte dieser Anforderung im Vergleich zur bestehenden Haupt- und Realschule in einem besseren, wenngleich nicht optimalen Maße entsprochen. Auch der konsequentere Ausbau zur Ganztagschule und die Versorgung mit Schulsozialarbeit sind für uns richtungsweisend.

Wir bedauern die Tatsache, dass aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestschülerzahlen pro Jahrgang die Einführung der Oberschule aktuell in unserer Stadt entsprechend des Antrags der GHS Gildehaus nicht möglich ist. Wir werden die Thematik künftig erneut auf die Tagesordnung setzen und schlagen vor, in den kommenden Jahren mindestens einmal jährlich einen aktuellen Statusbericht der Verwaltung einzufordern, in dem sowohl differenziert die aktuellen Schülerzahlen, die Änderungen im Schulgesetz und die darauf folgenden möglichen Konsequenzen für die Schulpolitik in Bad Bentheim diskutiert werden können.

Konsequent wollen wir unsere begrenzten Möglichkeiten vor Ort nutzen, um den Ganztagsschulbetrieb und die Ausstattung mit Schulsozialarbeit zu erhalten und möglichst auszubauen. Sämtliche mögliche Bau, Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen an unseren Schulen werden wir im Zusammenhang mit der möglichen Einführung der Oberschule zu betrachten haben.

Wir stellen außerdem klar, dass wir die bisherigen sehr guten Gymnasialangebote in Bad Bentheim unverändert erhalten möchten. Eine Oberschule wird daher künftig für uns ohne gymnasiales Angebot einzuführen sein.

Schulpolitik muss unserer Meinung nach immer in Zusammenarbeit mit den Schulen und den Eltern entwickelt werden. Mit unseren Anträgen zur Kinder und Jugendbeteiligung haben wir auch deutlich gemacht, dass Kinder und Jugendliche an allen für sie wichtigen Entscheidungen zu beteiligen sind. Also sind mit geeigneten Methoden auch im

Schulbereich die Bedürfnisse und Wünsche von Schülern und Schülerinnen sind zu erfragen und bei Planungen und Veränderungen zu berücksichtigen.

Wir beantragen die Ergänzung der Beschlussempfehlung: die Verwaltung wird beauftragt, künftig jährlich einen aktuellen Statusbericht in den Schulausschuss einzubringen, in dem sowohl differenziert die aktuellen Schülerzahlen, die Änderungen im Schulgesetz und die darauf folgenden möglichen Konsequenzen für die Schulpolitik in Bad Bentheim für die Diskussion zur Weiterentwicklung der Schulstruktur aufbereitet werden.